

Newsletter April 2023

Heike Baehrens — für die SPD im Bundestag

Liebe Leserinnen und Leser,

„Ihr macht tolle Politik, aber ihr schafft es überhaupt nicht, eure Inhalte in der Öffentlichkeit rüberzubringen.“ Das sagte mir neulich ein Genosse bei der Jahreshauptversammlung in Salach. Solche Kritik ist durchaus berechtigt. Es ist gar nicht einfach, politische Prozesse und Entscheidungen so zu kommunizieren, dass sie für die Bürgerinnen und Bürger problemlos nachvollziehbar sind. Darum nutze ich jede Möglichkeit, wie meine Social Media-Kanäle und nicht zuletzt diesen Newsletter, um meine Arbeit und die Diskussionen in unserer Fraktion so transparent wie möglich zu machen. Auch Interviews in Zeitungen, Rundfunk oder Fernsehen sind gute Gelegenheiten, um den Menschen Ideen, Überzeugungen oder Vorhaben näher zu bringen. Am besten ist das direkte Gespräch mit den Menschen, zum Beispiel bei Bürgersprechstunden oder auf Veranstaltungen im Wahlkreis.

Auf eines jedoch haben wir Politiker:innen nur wenig Einfluss: auf die Berichterstattung. Grundsätzlich ist das auch gut so. Medien – egal ob Fernsehsender, Zeitungsverlage oder Onlinemagazine – sollten einer unparteiischen Berichterstattung verpflichtet sein. Das ist leider nicht immer so. Um möglichst viel Aufmerksamkeit zu bekommen, werden zuweilen unredliche Mittel eingesetzt: Vermeintlicher Streit wird in den Vordergrund gerückt, Vermutungen aufgebauscht, die Wahrheit verbogen. Das ist nicht nur unlauter, sondern auch gefährlich, weil es polarisiert und zu einer Atmosphäre des Misstrauens beiträgt. Und das alles für Quote und Auflagenstärke.

Ein aktuelles Beispiel ist die Heizungsdebatte rund um die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes von Bundesminister Habeck. Die Zeitung mit den vier Großbuchstaben suggeriert mit Überschriften wie „Chaos um Verbots-Plan“, „Tausende Euro Mehrkosten“ und „Habecks Heiz-Hammer“, dass die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger beschnitten wird und sie kräftig draufzahlen müssen. Das entstellt nicht nur den Inhalt und den Zweck dieses so notwendigen Gesetzes, sondern schürt unnötig Angst und Unsicherheit. In solch einer aufgeheizten Atmosphäre dringen vernünftige Botschaften kaum mehr durch.

Wir leben glücklicherweise in einem Land mit einer vielfältigen, unzensurierten Medienlandschaft. Die Menschen haben alle Möglichkeit, sich umfassend zu informieren. Das ist wichtig, denn die Demokratie lebt von Bürgerinnen und Bürgern, die sich ihre eigene Meinung bilden. Wir müssen nur darauf achten, nicht ausschließlich auf die zu hören, die am lautesten schreien.

Ihre/Eure

Heike Baehrens





Wärmewende – Heizen mit Erneuerbaren

Klimaneutralität in Deutschland bis 2045 – das hat die Ampel im Koalitionsvertrag versprochen. Wir müssen tun, was wir können, um die Klimakatastrophe zu verhindern. Besonders viel Energie wird im Gebäudesektor verbraucht: Mehr als ein Drittel des gesamten Energiebedarfs in Deutschland wird zum Heizen der Gebäude und zur Versorgung mit Warmwasser eingesetzt. Dieser Bedarf wird derzeit zu mehr als 80 Prozent durch die Verbrennung von fossilen Energieträgern gedeckt. Von den rund 41 Millionen Haushalten in Deutschland heizt nahezu jeder zweite mit Erdgas, gefolgt von Heizöl und Fernwärme. Je schneller wir auf klimaneutrale Heizungen umsteigen, desto besser. Denn nur mit einer beschleunigten Wärmewende kann Deutschland seine Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zügig senken.

Deswegen hat das Bundeskabinett diese Woche eine Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) beschlossen, das den Umstieg einleiten soll. Der Plan: Ab 2024 soll möglichst jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Das heißt keinesfalls, dass man deshalb seine funktionierende Gas- oder Ölheizung austauschen muss. Und auch nach 2024 können solche Heizungen noch repariert werden. Für Haushalte, deren Heizung irreparabel kaputt ist, gelten Übergangsfristen. So kann Übergangsweise eine Ersatzheizung eingebaut werden, um die Versorgung mit Wärme und Warmwasser sicherzustellen. Ab 2044 sind dann keine fossil betriebenen Heizungen mehr erlaubt.

Uns als SPD ist besonders wichtig, dass der Weg zum klimaneutralen Heizen so gestaltet wird, dass alle ihn mitgehen können, ohne überfordert zu werden. Deshalb werden wir im parlamentarischen Verfahren ganz genau darauf achten, dass es für alle, die sich die Umstellung nicht einfach so leisten können, eine ausreichende finanzielle Unterstützung gibt. Dafür wird aktuell ein breit angelegtes staatliches Förderkonzept entwickelt. Dieses wird auch jene besonders unterstützen, die ihre Heizungen freiwillig austauschen wollen.

Die Änderungen des GEG zielen darauf, die Verbrennung fossiler Energieträger zur Erzeugung von Wärme im Gebäudesektor zu beenden und somit ganz wesentlich zu einem klimaneutralen Gebäudebestand beizutragen. Der Zweck des Gesetzes geht aber darüber hinaus. Neben der Einsparung fossiler Energie wird auch der weiterhin angespannten Lage auf den Energiemärkten Rechnung getragen, was mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine und die damit einhergehende Energiekrise umso dringlicher geworden ist. Der schrittweise Umstieg von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien beim Heizen verringert bestehende Abhängigkeiten von fossilen Energieimporten. Und es werden klare Investitions- und Modernisierungsanreize gesetzt, um künftige Fehlinvestitionen zu verhindern. Der verbindliche Umstieg wird auch zu mehr inländischer und europäischer Wertschöpfung sowie Innovation in Heizungsindustrie und Handwerk beitragen.

Demokratie braucht Inklusion



Noch immer finden die Belange und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung zu wenig Aufmerksamkeit – egal, ob im Alltag, im gesellschaftlichen Leben oder in der Politik. Wir setzen uns dafür ein, Barrieren abzubauen, sei es im öffentlichen Nahverkehr, bei der Stadt- und Gebäudeplanung, im Bildungssystem, im Internet oder auf dem Arbeitsmarkt.

Auch als Vorsitzende des Kreisbehindertenrings Göppingen setze ich mich für mehr Teilhabe und Beteiligung ein. Vieles von dem, wofür wir da kämpfen, macht unser aller Leben leichter.

In den vergangenen Tagen sind wir im Parlament in Sachen Inklusion und Gleichbehandlung ein gutes Stück vorangekommen. Mit dem gerade beschlossenen Gesetz zum inklusiven Arbeitsmarkt ermöglichen wir mehr Menschen mit Behinderung eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt. „Null-Beschäftiger“ – also Unternehmen, die keinen einzigen schwerbehinderten Menschen beschäftigen – müssen künftig 720 Euro monatlich zahlen, also doppelt so viel wie bisher. Die Einnahmen aus dieser Abgabe werden vollständig in die Beschäftigungsförderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt investiert. Das ist eine gute Entwicklung hin zu einer inklusiven Gesellschaft und wir setzen damit eine langjährige Forderung der Verbände der Menschen mit Behinderung um, die mit der CDU / CSU bisher nicht umzusetzen war.

Auch abseits des Arbeitsmarktes gibt es Handlungsbedarf. Leider passiert es immer wieder, dass Menschen aufgrund einer Behinderung diskriminiert werden. Häufig bleiben solche Vorfälle fol-

genlos und werden nicht geahndet. Das muss sich ändern. In unserem [SPD-Positionspapier](#) zur Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes fordern wir bessere Klagemöglichkeiten für Betroffene und härtere Sanktionen bei Diskriminierung.

Mehr Selbstbestimmung, mehr Teilhabe, mehr Gerechtigkeit – für diese Ziele lohnt es sich zu kämpfen. Wir hören nicht auf, uns für gleichwertige Lebensbedingungen einzusetzen. Damit jeder und jede zu seinem und ihrem Recht kommt.

Veranstaltungshinweis:

„Wie gelingt die Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderungen?“

Vortrag und Gespräch mit Jürgen Dusel, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen

5. Mai 2023, 15:00 Uhr
Landratsamt Göppingen

Eintritt frei.

Unterwegs im Landkreis



Ausnahmsweise nicht im Garten sondern bei der GARTEN habe ich Familie Jeutter auf der Messe Stuttgart getroffen. Es ist immer schön, den Landkreis auf Messen vertreten zu sehen.

Seit 100 Jahren wird in Wäschenbeuren musiziert. Sieben Mitglieder wurden bei der Jubiläums-Matinee des Musikvereins für ihre 50-jährige Mitgliedschaft und ihr wertvolles Engagement für den Verein geehrt. Vielen Dank für das schöne Konzert.



Mit Leidenschaft und Teamgeist zum Erfolg – unter diesem Motto ist das Ausdauersportteam Süßen in die neue Triathlon-Saison gestartet. Ich wünsche viel Erfolg!





Dafür haben wir
gekämpft.

Endlich ist es geschafft!

Das letzte Atomkraftwerk in Deutschland wurde abgeschaltet.



Die SPD-Bundtagsfraktion hat diese Woche zum Girls' Day geladen. Jonna aus Göppingen war dabei.



Termine

Montag, 1. Mai

9:30 Uhr
1. Mai Kundgebung
Schillerplatz Göppingen

Freitag, 5. Mai

15:00 Uhr
„Teilhabe für Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben“ - Besuch des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen Jürgen Dusel
Landratsamt Göppingen

19:00 Uhr
36. Ordentlicher Sportkreistag des Sportkreises GP e.V.
Göppingen Holzheim

Samstag, 6. Mai

10:00 Uhr
Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

„Zukunft barrierefrei gestalten“
Marktplatz Göppingen
Montag, 8. Mai, bis Freitag, 12. Mai
Sitzung des Deutschen Bundestages

Samstag, 13. Mai

14:00 Uhr
Wiedereröffnung Waldhöhenfreibad Ebersbach
16:00 Uhr
Festakt zum 50. Geburtstag der Freien Waldorfschule Filstal
Göppingen

Sonntag, 14. Mai

19:00 Uhr
Online-Diskussion „Immer wieder sonntags — Resilienz des Gesundheitswesens“
gemeinsam mit Martin Kroeber, MdB

Montag, 15. Mai

10:30 Uhr
Hochschulpolitischer Dialog
Hochschule für Wirtschaft und Umwelt
Nürtingen-Geislingen

18:00 Uhr

Starke Wirtschaft im klimaneutralen Industrieland — Fraktion vor Ort mit Bernd Westphal, MdB
Kulturhalle Süssen

Dienstag, 16. Mai

10:00 Uhr
Gespräch mit der Barmer Landesvertretung Baden-Württemberg
Stuttgart
14:30 Uhr
telefonische Bürgersprechstunde
19:30 Uhr
Digitale Infoveranstaltung zur Krankenhausreform beim SPD-Landesverband

Mittwoch, 17. Mai

10:00 Uhr
Antrittsbesuch bei Dennis Eberle
Rathaus Salach
14:00 Uhr
Verkehrsfreigabe und Brückenfest A8 / Ersatzneubau ÜF B 466

Bürgerbüro

Roth Carrée Schillerplatz 10
73033 Göppingen
Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74
heike.baehrens.wk@bundestag.de

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159
heike.baehrens@bundestag.de